

Geld für Waffen – aber kein Geld für stabile Sozialpolitik!



In den vergangenen 15 Jahren haben sich die Militärausgaben in Deutschland bereits drastisch erhöht. Von 32,5 Milliarden Euro im Jahre 2006 auf 52,1 Milliarden Euro im Jahre 2021.

Und heute?

Obwohl Deutschland schon heute die siebthöchsten Militärausgaben der Welt hat und die Bundeswehr aktuell auf drei Kontinenten in 11 Einsätzen mit ca. 3000 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz ist, wurden die Stimmen im deutschen Establishment in den vergangenen Jahren immer lauter, die letzten Fesseln des deutschen Militarismus abzulegen.

Inmitten des Ukrainekriegs nutzen Militaristinnen und Militaristen nun die Gunst der Stunde, um das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik vorzubereiten. Deutschland soll zum Staat mit den dritthöchsten Militärausgaben der Welt aufsteigen.



Die Rüstungsindustrie reibt sich die Hände:

Für die Rüstungsindustrie sind es in diesen Zeiten „Festtage“: bereits einen Tag nach Ankündigung des 100-Milliarden-Euro-Rüstungspaketes waren die Managerinnen und Manager der deutschen Rüstungskonzerne im Verteidigungsministerium zu Gast, um Angebote für die Aufrüstung vorzulegen. Demnach hat alleine die Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall von der Bundesregierung gar ein Rüstungspaket in Höhe von 42 Milliarden Euro gefordert und angeboten, die Ein-Schicht-Produktion auf einen 24-Stunden-Betrieb umzustellen. Andere deutsche Rüstungskonzerne sollen dabei keinesfalls das Nachsehen haben. Unter anderem sind Aufträge für neue Kriegsschiffe bei Thyssen-Krupp Marine Systems, neue Militärhubschrauber bei Airbus und neue Radarsysteme bei Hensoldt im

Nach Recherchen des „Spiegel“ lagen die Pläne dazu bereits vorher, im Oktober 2021, in den Schubladen. Jetzt ist die Zeit günstig, um, ohne große Widerstände zu erwarten, aufzurüsten. Der deutsche Militarismus stellt sich offensiv auf, um im weltweiten Konkurrenzkampf um Einflussphären, Rohstoffe und Absatzmärkte große Schritte zu machen. Innenpolitisch droht ein gesellschaftlicher Rechtsruck, eine Verarmung der Bevölkerung, außenpolitisch sind neue Auslandseinsätze der Bundeswehr vorprogrammiert.

Fortsetzung Seite 04



Löhne rauf, Preise runter! Eine weitere Kundgebung des „Soziales Aktionsbündnis für Landau“ am 03.02.2023

Kleiner Exkurs: Geschichte der Bundeswehr

Nach dem Zweiten Weltkrieg erst einmal keine Armee, dann wurde im Rahmen der NATO ab 1955 die Bundeswehr aufgebaut und ab den 90er Jahren dann erste Kriegseinsätze auf dem Balkan, in Afghanistan, in Afrika und sonstwo noch. Und das auch immer mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und der CDU. Nur die linken Parteien waren konsequent gegen diese Politik.

Von alleiniger Landesverteidigung spricht heute im Verteidigungsministerium niemand mehr. Auslandseinsätze sind heute das Kerngeschäft der Bundeswehr. Es geht um die Fähigkeit, andere Länder zu besetzen und zu kontrollieren. Mit aufgefüllten Waffenkammern, der Entfesselung des deutschen Militarismus, mit neuen Offensivwaffen und der jetzt einsetzenden Dämonisierung der Friedensbewegung sind neue Auslandseinsätze vorprogrammiert. Das Aufrüstungsprogramm und die damit verbundene Gleichschrittsparole hat weitreichende Konsequenzen auch nach innen.

Die Militarisierung und das Kriegsfieber der letzten Wochen verändern das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft. Die Bundeswehr nutzt diese Gunst der Stunde: Quellen weisen aktuell auf verstärkte Aktivitäten der Bundeswehr in den sozialen Netzwerken hin. Unter dem Titel „Bereit, dich zu schützen“ werden finanzstarke Bundeswehr-Kampagnen initiiert, um neue Rekruten für die geplante Personalaufstockung der Bundeswehr zu gewinnen.

Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) fordert den vermehrten Einsatz von

Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen, um den Krieg in der Ukraine „altersgerecht zu thematisieren“. Das Online-Portal der Westdeutschen Zeitung stellt fest: „Die Nachfrage der Schulen nach Informationsveranstaltungen durch Jugendoffiziere der Bundeswehr nimmt immer weiter zu“. Ziel ist natürlich hier, den Nachwuchs für das Heer zu rekrutieren, über eine technische oder pflegerische Ausbildung oder beispielsweise ein Medizinstudium bei der Bundeswehr ohne „numerus clausus“.

Das sind Anzeichen oder bereits Belege dafür, eine Kriegsakzeptanz zu schaffen für sogenannte „gerechte“ Kriege. Es wird vorgebaut. Konzernlobbyisten drängen die Bundesregierung bereits, die Mehrausgaben auf die Bevölkerung abzuwälzen. Erste Risse in dieser Gleichschrittsparole werden erkennbar. So mehren sich Berichte aus den Betrieben über größere Unzufriedenheit bei den Beschäftigten – insbesondere dort, wo um soziale Verbesserungen gekämpft wird und die Löhne und Gehälter vom Staat abhängen. Während für das Aufrüstungsprogramm plötzlich Milliarden locker gemacht werden, wird den Beschäftigten beispielsweise im Sozial- und Erziehungsdienst oder im Gesundheitswesen seit Jahren erzählt, dass kein Geld da sei.



Gespräch. Der bayerische Panzerhersteller Krauss-Maffei-Wegmann darf sich Hoffnungen machen auf die schon länger ersehnte Bestellung von ca. 200 neuen Schützenpanzern.

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages gab der Beschaffung von Kampfdrohnen aus Israel mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Union und AfD grünes Licht. Zum anderen hat die Bundesregierung mit den Waffenlieferungen an die Ukraine ein Exempel statuiert. Mit jeder gelieferten Waffe an die Ukraine sinkt die Hemmschwelle, auch in andere Kriegsregionen Waffen zu liefern.



Wir brauchen eine Bewegung auf der Straße, in Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mieterbewegung und Friedensbewegung: Druck machen gegen den Kurs der Bundesregierung!

Organisierter Widerstand kostet Kraft – aber auch Geld!

Jetzt für die DKP spenden*!



Wir haben uns viel vorgenommen: Für soziale und demokratische Rechte kämpfen, den Faschisten Paroli bieten, uns der Rechtsentwicklung entgegenstellen. Wir leisten internationale Solidarität, unterstützen das sozialistische

Kuba und den Kampf der KommunistInnen in Venezuela und anderswo. Für unsere marxistische Bildungsarbeit sanieren wir die Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen. Wir stärken unsere Wochenzeitung UZ und bereiten das nächste UZ-Pressesfest vor.

Die politische Handlungsfähigkeit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hängt auch von ihrer Finanzkraft ab. Helft uns, den finanziellen Spielraum der DKP zu erhöhen!

Das geht nur mit Eurer solidarischen Hilfe!

Stärkt die Kampfkraft der DKP!

Jetzt spenden* auf das Konto des DKP-Parteivorstands:

GLS-Bank | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

* Die Hälfte zahlt das Finanzamt:

Spenden an politische Parteien können bei der jährlichen Steuererklärung angegeben werden. Dafür stellen wir eine entsprechende Spendenbescheinigung aus. Damit erhältst Du bis zur u. g. Höchstgrenze die Hälfte Deines gespendeten Betrags vom Finanzamt zurück.



Wir nehmen Abschied von unserem Genossen

Wolfgang Zorn

21.03.1945 – 17.12.2022

Sicherlich war dein Leben nicht einfach, und den Weg zu uns in die Partei hast du erst spät gefunden. Aber du, Wolfgang, bist der beste Beweis, dass es nie zu spät ist, sich für die gute Sache einzusetzen, sich gegen Rassismus und Faschismus, sich gegen Krieg, Krise und Kapitalismus zu stellen. Du hast gezeigt, wie wichtig es ist, im Viertel zu wirken. Du hast unzählige Gespräche mit den Leuten geführt, hast freudig unsere Kleinzeitung, die „Rote Rebe“, verteilt, und nicht zuletzt hast du uns immer wieder mit deinen Spendensammlungen überrascht. Vielen Dank für dein unermüdliches Engagement und dass du in deinem letzten Lebensabschnitt unser Genosse warst.

Wir werden dich vermissen.

DKP Südpfalz / Landau | DKP Rheinland-Pfalz

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Südpfalz
 V.i.S.d.P.: Manfred Brede
 Impressum: dkp-rlp.de/kontakt
 Auflage: 3.000
 Bildnachweis: Grafiken freepik;
 Fotos S. 02 und S. 07 DKP Südpfalz,
 Redaktionsschluss: 14.02.23
 Erscheinungsweise: Quartal

 dkp-rlp.de/landau

 dkp_landau@riseup.net

 facebook.com/DKP.Landau



dkp.de



UZ unsere zeit

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP



Die UZ ergreift Partei für die demokratischen und sozialen Rechte, gegen Kriegstreiberei und Rechtsentwicklung. Sie ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der

Gegenwehr zu entwickeln. Sie informiert über die Diskussionsprozesse in den Gewerkschaften, in demokratischen Bündnissen und in der linken Bewegung. Sie kämpft gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung.



UZ kennenlernen, 6 Wochen KOSTENLOS zur Probe lesen. Abo-Formular auf unsere-zeit.de/abo

Geld für Waffen

S. 01

Militarisierung der Gesellschaft S. 03

Widerstand kostet Kraft

S. 04

Gegen Krieg und Krise

Kleiner Exkurs: Die Bundeswehr

Spendenauf Ruf

Es bleibt kalt in Deutschland!



Die Inflation liegt weiterhin bei nahezu 10 Prozent und wird dauerhaft hoch bleiben, Lebensmittel- und Energiepreise gehen immer noch durch die Decke. Die Rettungspakete der Ampel-Regierung dienen wie gehabt in erster Linie den Konzernen, für die Menschen gibt es allenfalls Almosen. Vor allem die Ärmsten sind von den sozialen Zumutungen der Ampelregierung be-

troffen. Diese Not der Menschen, die sich am unteren Rand befinden, wird gerade schamlos ausgenutzt, und sie werden gegeneinander ausgespielt. Konkretes Beispiel ist hier das sogenannte Bürgergeld.

Viele abhängig Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Studierende etc. wissen nicht

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!


DKP
SÜDPFALZ

mehr, wie es finanziell und überhaupt für sie weitergehen soll. Anstatt dafür zu sorgen, dass die Einkommen zum Leben reichen, wird Neid geschürt und werden Sündenböcke gesucht, werden Menschen als faul und arbeitsscheu stigmatisiert oder als Asoziale bezeichnet. Sie werden süffisant dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Allen voran, als Sprachrohr des Kapitals, geschürt von den Herren Merz, Söder und Lindner. Das ist eine asozial verwahrloste Politik!

Aber längst haben auch Beschäftigte, deren Einkommen bisher für ein gutes Leben ausreichte, zusammen mit ihren Familien Angst vor der nächsten Gasrechnung, der nächsten Öl- oder Stromrechnung und dem Einkauf. Viele kleine und mittlere Unternehmen stehen vor dem Aus. Sie sind nicht mehr in der Lage, die hohen Energiekosten zu stemmen. Metzgereien oder Bäckereien müssen schließen oder die Verkaufszeiten einschränken, um überhaupt noch irgendwie über die Runden zu kommen.

Es wird immer offensichtlicher: Die Zeche für Krieg und Krisen zahlen wir. Wir, die einfachen Leute, wir, die abhängig Beschäftigten, wir, die Handwerkerin-

nen und Handwerker, die Arbeitslosen, die kleinen Selbstständigen, die Kleingewerbetreibenden, die Studierenden, die Rentnerinnen und Rentner, die Geflüchteten und die Armen. Während die Energiekonzerne Krieg und Krise schamlos ausnutzen und ihre Gewinne in die Höhe schrauben, droht zwei Dritteln dieser Gesellschaft eine regelrechte Verarmung. Die vergangenen Monate haben eines sichtbar gemacht. Es ist Geld vorhanden – aber es hapert an der Verteilung. Vereinfacht auf den Punkt gebracht: Geld für Waffen – aber kein Geld für stabile Sozialpolitik!

Während die regierende Ampel-Koalition im Handumdrehen 100 Milliarden Euro für ein Rüstungspaket locker machen kann und die Aktienkurse der Rüstungsindustrie in die Höhe schießen, gibt dieselbe Regierung Tipps fürs richtige Duschen. Ja, kalt duschen mit Habeck und frieren mit Baerbock im Büro oder zuhause ist auch Geringschätzung pur. Aber, machen wir uns nichts vor, wer von uns möchte schon gerne mit Habeck duschen oder möchte sich mit Kretschmann den Waschlappen teilen. Und dass Annalena Baerbock im kalten Büro oder in einer kalten Bude sitzt, ist zu bezweifeln. Warum sieht sich die Ampel-Koalition nicht in



Wir haben die Schnauze voll! Kundgebung des „Soziales Aktionsbündnis für Landau“ am 18.11.2022

der Lage, Sondersteuern auf Extragewinne zu erheben oder die Energiepreise wirklich zu deckeln? So erwartet alleine RWE für das Gesamtjahr 2022 einen Gewinn vor Steuern von 5 bis 5,5 Milliarden Euro statt wie bisher 3,6 bis 4 Milliarden Euro. Ähnlich sieht es bei den Mineralölkonzernen aus.

In der ersten Ausgabe nach Weihnachten schrieb die „FAZ“: Den Unternehmen geht es gut – Rekordumsatz und steigende Gewinne. Die 100 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland hätten danach ihren Umsatz in den ersten neun Monaten des letzten Jahres um satte 30 Prozent gesteigert. Es ist dabei vor allem folgendes Zugeständnis aufschlussreich: „Ein Gutteil der gestiegenen Energiekosten konnte von den Unternehmen über höhere Preise an die Kunden weitergegeben werden. 35 der 100 Unternehmen gelang es, in dem insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Umfeld die Gewinnmargen auszudehnen.“

Wir sagen Schluss damit, da machen wir nicht länger mit. Wir nehmen das nicht länger hin. Wir wol-

len eine andere Wirtschaft und eine grundsätzlich andere Politik. Gegen die Superprofite der Energiewirtschaft gibt es nur einen sicheren Weg: Energiewirtschaft muss in öffentliche Hand. Mit der Energie darf nicht spekuliert werden. Aber nicht nur hier bei der Energiewirtschaft, die komplette Daseinsvorsorge wie Kliniken und Krankenhäuser, Pflegeheime, der öffentliche Nah- und Fernverkehr, Schulen und Universitäten, Wohnkonzerne – alles gehört wieder in öffentliche Hand und darf nicht Spielball der Spekulanten bleiben.

Spätestens bei den aktuellen Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst wird sich wieder die Spreu vom Weizen trennen. Da werden wir sie wieder hören, die Klagegesänge der Arbeitgeber. Spätestens da wird sich wieder zeigen, dass die Werk­tätigen mit Gnadengeschenken abgespeist werden sollen. Der zu erwartende Arbeitskampf wird hart werden, er wird lange werden, und wir alle müssen zusammenhalten und uns gegenseitig solidarisch unterstützen.

DESHALB FORDERN WIR:

- 1. Eine gesetzliche Senkung der Energiepreise auf das Niveau von Juni 2021!**
- 2. Die Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie!**
- 3. Stoppt den Wirtschaftskrieg – Nord-Stream-Pipelines wiederherstellen und in Betrieb nehmen!**
- 4. Ausbau der erneuerbaren Energien. Es macht keinen Sinn, sich von den USA und deren Fracking Gas abhängig zu machen. Auch für die Umwelt eine einzige Sauerei.**
- 5. Frieden geht nur mit Russland und China! Lasst das Säbelrasseln sein!**
- 6. Hochrüstung und Waffenlieferungen stoppen – stattdessen müssen Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit, das die Interessen aller berücksichtigt, geführt werden. Frieden muss das oberste Gebot der Stunde sein.**
- 7. Atomwaffen raus aus Deutschland!**
- 8. Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!**